

## Presseinformation

### **GEW sieht „Notstand frühkindliche Bildung“ Bildungsgewerkschaft ruft zur Teilnahme an Kundgebung für bessere Rahmenbedingungen in Kindertageseinrichtungen auf**

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) fordert die rheinland-pfälzische Landesregierung auf, die Weichen für deutlich verbesserte Rahmenbedingungen in Kindertagesstätten zu stellen.

Aus Sicht der Gewerkschaft ist es ein längst überfälliger und notwendiger Schritt, dass die Beschäftigten am kommenden Samstag für eine bessere personelle Ausstattung von Kindertagesstätten auf die Straße gehen. Eine im Juli veröffentlichte Studie der Bertelsmann-Stiftung belege dringenden Handlungsbedarf für die Kindertagesstätten. Allein für Rheinland-Pfalz seien danach 5.400 zusätzliche Stellen für Erziehungsfachkräfte notwendig.

„Die Beschäftigten vor Ort fühlen sich völlig zu Recht von den politisch Verantwortlichen im Stich gelassen“, so der Vorsitzender der GEW in Rheinland-Pfalz, Klaus-Peter Hammer. In den letzten zehn Jahren seien zwar mit der Verabschiedung der Bildungs- und Erziehungsempfehlungen sowie den in den Folgejahren schrittweise eingeführten Rechtsansprüchen auf einen Kindertagesstättenplatz für zunächst zwei- und nun einjährige Kinder bildungs- und gesellschaftspolitisch die richtigen Weichen gestellt worden. Doch zugleich sei versäumt worden, die Rahmenbedingungen in den Einrichtungen den Anforderungen entsprechend anzupassen. „Die Situation in den Kindertagesstätten ist alarmierend“, so Hammer. „Die unzureichende Personalausstattung führt zu allgegenwärtigem Stress und lässt den Krankenstand in die Höhe schnellen. Das wiederum führt zu weiterer Arbeitsverdichtung und wir haben unseren Teufelskreislauf.“

Insbesondere im Hinblick auf den Einzug von Krippenkindern ist nach Ansicht der GEW aufgrund der unzureichenden personellen Situation nicht nur der Bildungsanspruch in Frage gestellt. „Wir müssen“, so Hammer weiter, „darüber hinaus Sorge haben, ob die Beschäftigten unter den geltenden Bedingungen den Grundbedürfnissen der Kleinsten überhaupt gerecht werden können.“

Die GEW Rheinland-Pfalz sieht insoweit alle Beteiligten, also sowohl die Bundes- und Landespolitik, als auch Landkreise, Städte und Gemeinden als kommunale Verantwortliche sowie Kirchen und Wohlfahrtsverbände, in der Pflicht. „Die Zeiten, in denen immer mit dem Finger auf den jeweils anderen gezeigt wird, aber nichts passiert, müssen ein Ende haben“, sagte Hammer. „Ich sehe da ganz klar die Landesregierung in der Verantwortung. Wenn es so nicht funktioniert, müssen gesetzliche Regelungen her.“

Um den Forderungen nach besseren Rahmenbedingungen Nachdruck zu verleihen, hat die Gewerkschaft ver.di eine von der GEW unterstützte Unterschriftenaktion gestartet, die am 27. September 2014 um 11:55 Uhr in einer Kundgebung vor dem Mainzer Landtag mündet. Die GEW Rheinland-Pfalz ruft alle Beschäftigten kommunaler, kirchlicher und sonstiger Kindertageseinrichtungen sowie die jeweilige Elternschaft zur Teilnahme auf.

Mainz, 26. September 2014